

Sattler-Tapezierer- und Vorteseviller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Vorteseviller-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachspalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherig. Gebühreneinsendung auf Postfach. Alfred Niebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfchl. Freitag

Arbeitsbeschaffung - Deutschlands wichtigste Aufgabe

Mit unverminderter Schwere lastet die Wirtschaftskrise auf der Arbeiterschaft. In einem Aufsatz über „Weltkrise und Weltpolitik“ stellt Prof. Hilferding in den Industrieländern einen Produktionsrückgang vom Herbst 1929 bis Ende 1931 in Höhe von 120 bis 150 Milliarden Mark fest. Der Außenhandel von 48 Ländern weist für das Jahr 1931 gegen 1930 einen Rückgang der Einfuhr von 26,5 Proz. und der Ausfuhr von 28,1 Proz. auf. Gegenüber 1929 ist der Rückgang noch größer. Er beträgt 38,6 Proz. bei der Einfuhr und 41 Proz. bei der Ausfuhr.

Den stärksten Einfuhrrückgang weist Deutschland auf, dessen Einfuhr gegenüber 1930 um 38,8 Proz. zurückging, während die Ausfuhr nur um 20,4 Proz. gesunken ist. Diese ungünstige handelspolitische Entwicklung der letzten Zeit droht mit einem weiteren erheblichen Ausfuhrückgang für das Jahr 1932. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird dadurch aufs schwerste erschüttert. Ihre Nutznießer und Anwälte finden keinen Ausweg, trotzdem setzen sie jedem Versuch, einschneidende Maßnahmen mit dem Ziele einer planmäßigen Ordnung durchzuführen, den bestmöglichen Widerstand entgegen. In neuerer Zeit liegt eine Anzahl wertvoller Arbeiten namhafter Volkswissenschaftler vor, die bemüht sind, neue Wege zu zeigen, um aus diesem Elend herauszukommen.

So unternimmt Prof. Lederer in einer soeben veröffentlichten Schrift (Planwirtschaft. C. F. W. Mohr Verlag) den Versuch, die Möglichkeiten eines Einbaues planwirtschaftlicher Einrichtungen in die gegenwärtige Erwerbswirtschaft aufzuzeigen mit dem Ziel, dadurch den Boden für eine neue Konjunkturbelebung vorzubereiten. Lederer glaubt, daß die Vorbedingungen für eine Konjunkturbelebung durchaus gegeben sind. Er verlangt die öffentliche Kontrolle des gesamten Kreditwesens, insbesondere der Geschäftstätigkeit der Privatbanken. Investitionskredite sollen weitgehend ausgeschloffen werden, da nach seiner Ansicht Investitionsarbeiten in der gegenwärtigen Zeit nur eine einmalige Arbeitsbeschaffung darstellen würden, die nicht durch die Absatzverhältnisse der betreffenden Wirtschaftszweige bedingt wären, und deren Gegenwert, wenn überhaupt, auch im günstigsten Fall erst nach sehr langer Zeit hereinkommen würde. Von dieser Investitions- und Kreditperre für Anlagen in Wirtschaftszweigen mit übermäßigem Produktionsvolumen erwartet Lederer, daß sich die Kapitalaufsorgung der übrigen Wirtschaft bessern und zugleich der Durchschnittszinssfuß infolge der beschränkten Nachfrage sinken könnte.

Prof. Wagemann, der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, will ebenfalls die Belebung der Wirtschaft von der Kreditseite her erreichen. Der Nachbereich soll erweitert und die Wirksamkeit der Reichsbankpolitik soll erhöht werden. Ferner tritt er ein für Verringerung der Deckungsvorschriften für die von der Reichsbank ausgegebenen Banknoten. Es soll in Zukunft allein das Ueberweisungsgeld — Girogeld — der Banken, das aus der Kassenhaltung der Unternehmungen und der Kreditverföhrung der Banken entsteht, und die großen Banknoten der Reichsbank (über 100 Mt.) mit Gold und Devisen (zu 40 Proz.) und mit Handelswechseln gedeckt werden, während die kleinen Banknoten einer solchen „erstrangigen“ Deckung nicht bedürften, sondern auch mit Staatspapieren und anderen Wertpapieren gedeckt werden könnten. Dieser Plan dürfte schon deshalb gewissen Bedenken begegnen, weil er eine verschiedene Behandlung der beiden Geldgruppen vorsieht.

In der Zeitschrift „Die Arbeit“ hat Genosse Woytinsky ebenfalls Pläne entwickelt, die letzten Endes

dahin gehen, durch Kreditausweitung neue Mittel zur Arbeitsbeschaffung bereitzustellen. Ihm schließt sich Genosse Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, an. Wir bringen anschließend an diese Ausführungen einen Artikel aus der Feder des Genossen Tarnow, in dem in gedrängten Ausführungen seine Einstellung zu diesem Fragenkomplex ausgedröckt wird.

Alle diese zur Belebung des Arbeitsmarktes gemachten Vorschläge haben ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Befürworter und Gegner streiten um die Vorzüge und Nachteile der einzelnen Pläne. Zielsetzungen bestehen Bedenken gegen die Möglichkeit eines Inflationsmißbrauchs, der eventuell aus der Kredit-

erweiterung entstehen könnte. Auf jeden Fall haben die vorliegenden Vorschläge das große Verdienst, daß sie die Debatte über die Belebung der Wirtschaft, verbunden mit einer großzügigen Arbeitsbeschaffung, die allmählich einzuschlagen drohte, wieder in Fluß gebracht haben. Diese Debatte muß fortgesetzt werden, bis Mittel und Wege gefunden sind, um die 6 Millionen, die zur Zeit ohne Erwerbsmöglichkeiten vegetieren müssen, wieder in den Produktionsprozeß einzuzureihen.

Wenn der morsche Kapitalismus nicht mehr die Kraft aufbringen kann, diese Aufgabe zu erfüllen, rückt seine Ablösung durch den Sozialismus in greifbare Nähe.

Nun aber Arbeitsbeschaffung!

Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Wenn die Abrüstungsdebatten, die jetzt in Genf begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolge führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldensfragen bereinigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die vereinten Kapitalmärkte aufstauen und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unserer Wirtschaft der Umschwung nicht ausbleibe.

Es sind aber zu viel Wemns dabei und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einschränkungsprozeß geht immer noch weiter. Das gewalttätige Köpfen der Massenentkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorausgesehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdrösselung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmahnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich eintreten muß.

So ernst diese Aussichten sind, so liegt doch noch lange kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich ein zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschaftsvolumen und Verbrauchsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrien in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf ankäme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus den wir von heute auf morgen nicht herauspringen können

— muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konsumgüter produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnwitz, den ohnedem weit überzogenen Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht, haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angesammelt, die untätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatwirtschaftlichen Ansprüchen der Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumtätwagen vor. Auch die Reichspost hat Austräge, namentlich auf dem Schwachstromgebiet, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen als im Augenblick. Geradezu trostlos steht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von

Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich, aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiativenur von der öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunkturen anfasste. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zuzam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionenwerte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staubämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hochrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel der Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifeltsten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentlichen Schulden im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem tödlichen Kreise der Wachstumsstagnation von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisis herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingetroffenen Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

England — ein Schutzjolland.

In seiner Tagung vom 9. Februar d. J. nahm das englische Unterhaus mit 452 gegen 76 Stimmen eine Entschlieung an, der zufolge der allgemeine zehnprozentige Zolltarif am 1. März in Kraft tritt. Damit ist die Linthez Englands vom Freihandelsstaat zum unbedingten Schutzjolland endgültig vollzogen. Die Zölle, die bisher in England bestanden, waren nicht allzu zahlreich und hatten, nach Ansicht der Belegschaft einen vorübergehenden Charakter. Vor dem Krieg bestanden allein Finanzzölle, die den

Regierung die Ermächtigung gegeben, Zölle auf Fertigprodukte bis zu 100 Proz. des Wertes zu erheben. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde bereits eine große Anzahl von Waren mit einem Zollsatz von 50 Proz. belegt. Diese Zölle wurden von den Industrieländern als eine gewaltige Erschwerung der Einfuhr nach England empfunden.

Der endgültige Liebergang zum Schutzjolland erfolgte aber erst vor kurzem, als der Finanzminister Chamberlain dem Unterhaus die neuen Zollvorlagen unterbreitete. Die Regierung gab ihren liberalen Mitgliedern, die das Schutzjolland bekämpften, die Stimmausübung frei. Das liberale Kabinettsmitglied Samuel hielt auch eine erbitterte Rede gegen das Hochschutzjolland. Hinter diesen Vorgängen verbarg sich jedoch nur die Tatsache, daß nunmehr der endgültigen Einrichtung des Hochschutzjollandes in Wirklichkeit keine Hindernisse mehr im Wege stehen. Zunächst werden sämtliche nach England eingeführten Waren, mit Ausnahme derer, die bereits zollpflichtig sind, mit einem Zoll von 10 Proz. nach ihrem Werte belastet. Ausgenommen werden nur wenige Rohstoffe und Lebensmittel, wie Weizen, Fleisch, Speck, Rohwolle und Rohbaumwolle. Diese Zölle wurden von der Regierung als Finanzzölle bezeichnet, die allein dem Zweck dienen sollen, der Staatskasse Einnahmen zu liefern und die wegen ihrer Niedrigkeit nicht als wirkliche Schutzzölle bezeichnet werden dürfen. Diese Auffassung trifft aber nicht zu, da bereits die Pfundentwertung als ein Schutzjoll dient und der zehnprozentige Wertzoll diese einfuhrhemmende Wirkung noch übersteigert. Eine Kommission wurde eingerichtet mit der Aufgabe, dem Handelsminister weitere vorübergehende oder dauernde Zölle in Vorschlag zu bringen, Zölle auf Luxuswaren oder auf solche Waren, die in England selbst entweder schon jetzt oder in absehbarer Zeit in verhältnismäßig erheblichen Mengen erzeugt werden. Die dritte Resolution ermächtigt den Handelsminister zur Erhebung von Zöllen in Höhe von 100 Proz. des Wertes als Strafmaßnahme gegen Länder, die die englische Einfuhr benachteiligen. Die Kolonien und die Dominions sind von dem zehnprozentigen allgemeinen Zoll befreit, so daß das neue Schutzjollsystem mit der Vorkriegsbehandlung des britischen Reichs, diesem Hauptziel der konservativen Partei, verknüpft wurde.

DIE EISERNE FRONT

Uns reißt die Geduld! Wir haben es satt!
Heraus, wer noch zwei Flüsse hat!
Wir machen jetzt Schluß! Es wird uns zuriel,
Es wird uns zu hant das Natrenspieß!

Wir sind, weiß Gott, schon mit anderen Herden
Iordy gewandert!
Wir haben's bewiesen und werden's beweisen:
Vertraut ist unser Faust das Eisen.
So schloßen wir denn, vom Watter umbraust,
Die Eiserne Front der eisernen Faust!

Wir bringen euch gern nach Wunsch auf den Trab,
Wir schlagen noch immer wie Anno Kapp!
Wir werden nicht feler, wir werden nicht ruh'n
und diesmal ganz Arbeit tun!

Kollegen, wer da von euch stampelt,
heraus, und die Aermel jetzt aufgekrampt!
Und ihr, die ihr könnt nach Arbeit gehen,
Besondere Arbeit gibt's jetzt zu besehen!

Es sollen die Nebel, der Weg ist besonnen!
Arbeit gibt's für die Eiserne Front!

Schmiedet die Eisen im Feuer heiß!
Die Eiserne Front ruft zum großen Appell!
Da, der da die Häuser im Lande baut,
Jetzt baue im Lande mit eiserner Faust!

Wir haben frühliche Botschaft zu senden:
Arbeit an allen Ecken und Enden!
Jetzt ran an die Ramps und spuckt in die Hände,
Und daß sich alles zum Guten wendet!

Rühr dich, daß es den Ruben graut,
Die Eiserne Front der eisernen Faust!

Aus dem „Wahren Jacob“.

Zweck hatten, dem Staat Einnahmen zu liefern, auf Kolonialwaren und auf einige Gebrauchsartikel. In der Nachkriegszeit haben die Zölle zum Schutz der sog. Schlüsselindustrien eine Anzahl von Waren betroffen, während die Mac-Kenna-Zölle sich nur auf Luxuswaren erstreckten. In den letzten Jahren wurden außerdem vom Handelsminister auf Grund der Empfehlung einer Zollkommission eine Anzahl von Zöllen in Kraft gesetzt. Die entscheidende Wendung brachten jedoch die Vorjahreswahlen, die eine überwältigende schutzjollerische Mehrheit der konservativen Partei schufen. Im November vorigen Jahres wurde als Auftakt zum Schutzjollsystem in einem „Geleg gegen übermäßige Einfuhr“ der

Haftung für Schadenzufügung durch Kinder.

Wer kraft Gesetzes zur Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustandes der Beaufsichtigung bedarf, ist schadenerhaltspflichtig, wenn diese Person widerrechtlich einem Dritten Schaden zufügt. Damit ist klar ausgesprochen, daß die Eltern, die kraft des Gesetzes zur Aufsicht über ihre Kinder verpflichtet sind, für Schaden haften müssen, den die Kinder widerrechtlich einem Dritten zufügen.

George Washington.

Zum 200. Geburtstag (22. Februar 1832) des Begründers der Unabhängigkeit der USA.
Von S. Pechelator.

In diesem Jahre werden die Amerikaner eines Mannes gedenken, der grundlegend für die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten gewirkt hat, eines Mannes, der ebenso groß als Held wie als Staatsmann war, und dabei ein edler Mensch: George Washington, dem zu Ehren der Haupt- und Bundesstaat der Vereinigten Staaten den Namen trägt.

Washington entstammte einer adeligen Familie, die 1657 mit der „Mayflower“ in Amerika eingewandert war. In Westmoreland in der Grafschaft Virginia wurde George als Sohn eines reichen Plantagers geboren. Wie so viele große Männer hatte Washington auch das Glück, eine ausgezeichnete Mutter zu besitzen, die den bald Waterloen trefflich erzog. Als Jüngling nahm er an etlichen Kämpfen der englischen Witz gegen die Indianer teil. Dann führte er jahrelang das Jäger, aber zufriedene Leben eines wohlhabenden Gutsherren auf seinem Landgut Mount-Vernon, der heute eine Art Nationalheiligtum geworden ist, in glücklicher, wenn auch linderlicher Ehe mit einer vorreflichen Frau verbunden. In jener Zeit war er einer der scharftinnigsten Abgeordneten im Landtage von Virginia.

Da kam der Tag, der den 43jährigen, auf der Höhe des Lebens stehenden Mann vor seiner großen Lebensaufgabe stellen sollte. Als Abgeordneter im Generalkongress, der 1774 in Philadelphia die Vertreter jener englischen Kolonien vereinte, aus denen später die Vereinigten Staaten hervorgehen sollten, war er mitten im Zentrum der Geschehnisse. Die Forderungen gegen das Mutterland begannen im Sommer 1775, und man wählte Washington einstimmig zum Oberkommandanten der Armee.

Da stand nun Washington vor der schier unlöslichen Aufgabe, eine Armee von 14 000 Mann, ohne

Waffen, ohne Munition, aus den verschiedensten Bestandteilen zusammengemüht, zu organisieren. Zuerst traute er sich die Lösung nicht zu; aber voll Ausdauer ging er ans Werk, in edler Uneigennützigkeit seinen Gehalt annehmend, seine ganze Kraft opfernd. Mit den größten Mühen brachte er endlich Ordnung in sein Heer. Sein scharfer Verstand erkannte bald, daß er im offenen Kampfe dem übermächtigen englischen Gegner nie und nimmer gewachsen sein würde. Und so entschied er, sich auf die Defensive, die Ueberdrückung des Feindes und auf dessen Beobachtung zu beschränken — eine Taktik, die ihn an die Seite jenes Römers Fabius Maximus, genannt der Zauderer, stellte, der eben dadurch selbst der Kriegskunst des Karthagers Hannibal Herr wurde.

Nun folgten Jahre aufreibender Kämpfe und Mühen. Erfolge wechselten mit Niederlagen. Oft schien es, als ob das Glück endgültig Washington und das Heerlein seiner Freiheitskämpfer verlassen hätte. Aber ungebrochenen Mutes hielt er aus. Und das Jahr 1780 brachte die Wende: Das Bündnis der aufständischen Kolonien mit Frankreich wirkte sich aus, 6000 Franzosen trafen als Verstärkung ein. Jetzt konnte Washington den Plan zu einem entscheidenden Schlage fassen. Am 19. Oktober 1781 zwang er die Engländer bei Yorktown zur Liebergabe. Nun magten die Engländer keine weiteren Kämpfe mehr. Ihr Widerstand erlahmte, und im November 1782 ward in einem provisorischen Frieden die Unabhängigkeit Amerikas anerkannt!

Washington, der Befreier, zeigte sich im Frieden ebenso groß wie im Kriege. Er wies das Angebot gewisser Offiziere, die mit der Auflösung des Heeres nicht einverstanden waren und ihn verlassen wollten, sich als Diktator ausrufen zu lassen, monachhaft zurück und zog sich wieder auf sein Gut zurück, dessen Verbesserungen er sich widmete. Dennoch nahm er regen Anteil an der Verfassung der jungen Bundesrepublik. Als Abgeordneter hatte er den größten Anteil an der Bundesakte, die am 4. März 1789 in

Kraft trat. Einstimmig wählte man ihn zum Präsidenten des neuen Staates.

Nun entsfaltete Washington eine segensreiche Wirksamkeit. Er ordnete die Staatsschuld, organisierte die Verwaltung neu, sorgte durch Straßen und Kanäle für den inneren Verkehr des ausgedehnten Reiches. Der Grundlag seiner Außenpolitik war Neutralität. Auch bewirkte er vorteilhafte Handelsverträge mit England. Als er 1793 wiederum zum Präsidenten der Union gewählt worden war, ergaben sich große Schwierigkeiten in den Beziehungen zu dem Frankreich der Revolution. Auch in diesem Punkt hielt Washington an dem Prinzip der Neutralität fest. In den daraus hervorgehenden Zwischigkeiten — die demokratische Partei forderte die Unterstützung Frankreichs gegen England — hatte Washington beständige Angriffe auszuhalten, die ihn im März 1797 bewogen, sein Präsidentenamt für immer niederzulegen.

Washington starb am 14. Dezember 1799, gerade als die Spannung gegen Frankreich sich zu gelockert hatte, daß ein Krieg gegen den ehemaligen Verbündeten drohte. Allgemein und tief war die Trauer aller Parteien der Union, die das junge Gemeinwesen seines größten Staatsmannes beraubt sahen. Und jetzt erst erkannte man so recht, was man an Washington uneigennützigem, makellosem und unantastbarem Charakter verloren hatte. Das schönste Zeugnis für den Menschen Washington, in seinem Testament schenkte er all seinen Sklaven die Freiheit.

In Mount-Vernon, wo er in glücklichster Arbeit so oft von der Last der Staatsgeschäfte Erholung gefunden hatte, ist er auch beigesetzt worden. Eine große Anzahl von Denkmälern ehren das Andenken des großen Mannes. Das amerikanische Volk verehrt ihn wie einen Nationalheiligen. Ob der große Mann aber, wenn er wieder auferstehen würde, mit der politischen und sozialen Entwicklung, die sein Vaterland genommen hat, zufrieden sein könnte, ob er darin Geist von seinem Geiste erkennen würde: das ist eine andere Frage!

Durch Schiebung zum deutschen Staatsbürger.

Ein freches Schwindelmannöver ist durch das thüringische Staatsministerium ausgeheckt worden. Danach hat der bekannte Naziführer Dr. Frid im Jahre 1930, also zu einer Zeit, da er noch Innenminister in Thüringen war, verlockt, seinem Parteimitglied Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit dadurch zu verschaffen, daß er ihm zum Gendarmereikommissar für Hildburghausen bestelle. Adolf Hitler stammt aus Braunau in Böhmen. Er hat seinerzeit die Staatsangehörigkeit in seinem Vaterland verloren, weil er sich dem Militärdienst entzogen hat. Beim Ausbruch des Weltkrieges lief er Gefahr, als Fabrikarbeiter nach Oesterreich ausgeliefert zu werden und stellte sich in Bayern freiwillig zum Militär. Hitler lief also zur Zeit kastentös. Er hat niemals den Versuch unternommen, auf legalem Wege Deutscher zu werden, ansehnend hält er das unter seiner Würde, und so hat sein Freund Frid es eben hinterher versucht, ihm durch Ernennung zum Gendarm die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen, um ihm dadurch den Weg zur Würde des Reichspräsidenten freizumachen. Ausgerechnet die Nazis, die fortgesetzt über Bonzenwirtschaft schreien und sich mit aufgeblähter Selbstüberhebung zum Sittenrichter über Andersdenkende aufwerfen, injizieren dort, wo sie sich — und lei — auch nur vorübergehend — im Besitz der Macht befinden, einen derartigen würdelosen Schacher mit Staatsämtern. Es ist ein Schauspiel für Götter.

Gewalttaten der Nationalsozialisten.

Die Verbearbeitung der SPD. hat im Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten eine Denkschrift fertiggestellt, die in erschöpfender Weise den Beweis für die Terrorhandlungen der Nazis erbringt und über die letzten zwei Jahre, bis 1. Dezember 1931, berichtet. Auf mehr als 240 Seiten sind 1480 Gewalttaten mit 62 Toten und etwa 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blaupaper des deutschen Faschismus festgelegt worden. Von den Hattenreuegeschlägern wurde bei der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung bekannt, daß in 53 Fällen größtenteils kriminell Vorbestrafte die Täter waren, von ihnen 3 über 20mal, 5 über 10mal, 10 über 5mal, 35 ein- und mehrmals. In 22 Fällen hatten die Gewalttaten ausgesprochen unpatriotische Motive, wie Raub, Eifersucht usw. In 23 Fällen wurden die Überfalltaten bestohlen. 22mal gingen die Überfälle teils mit der Erlangung von Siegestrophäen, wie Fahnen, Abzeichen usw. In 3 Fällen wurden angeblich gegnerische Überfälle erunden, um im Ansehen zu steigen, in 2 Fällen, um die SA-Rente zu erlangen. Nachweisbar dienten 5 Gewalttaten der persönlichen Nachbegehrigung, in 5 Fällen wurde die SA zu ausgesprochen persönlichen Zwecken ihrer Führer eingesetzt. 58mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 16mal der Besitz von Schusswaffen bis zum Maschinengewehr, 9 Waffenlager wurden ausgehoben, 8mal wurde der Besitz von Sprengstoffen festgestellt. 42mal wurden systematisch sozialdemokratische, 39mal andere Versammlungen gesprengt, 9mal erfolgten Angriffe auf die Redaktionen. 20mal erfolgten Überfälle auf Hotels, Gemerkschafts- und Konsumvereinshäuser, 14mal auf gegnerische Zeitungen, 10mal auf gegnerische Zeitungsverkäufer, 11mal auf Presseberichterlatter und Redakteure. 39mal wurden Überfälle auf gegnerische Lokale bekannt. In anderen öffentlichen Wirtschaften wurden 31mal schwere Ausschreitungen begangen, in öffentlichen Verkehrsmitteln 10mal. 100mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 279mal von Reichsbannerangehörigen, 39mal von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend und 25mal von Arbeiterportieren gemeldet. In 35 Fällen wurden Angehörige bürgerlicher Parteien planmäßig mißhandelt, 20mal ausgesprochen Parteilohe. „Aus Versehen“ wurden „Arztumkleidung“ 12mal „falsche“ Verurteilungen erlassen oder schwer mißhandelt. 10mal wurden Kinder schwer mißhandelt, 84mal Jugendliche, 30mal Frauen, darunter hochschwangere. In 16 Fällen wurden Greise mißhandelt, 7mal Kriegsbeschädigte und 6mal Kranke und sichtbar Invaliden. In teilweise erschütternder Weise griffen die Nationalsozialisten 17mal an. Aus ihren Versammlungen wurden 147 schwere Ausschreitungen von Distriktsrednern gemeldet. In 16 Fällen wurde die Mißhandlung von Distriktsrednern bekannt. 32mal erfolgten die Überfälle auf Kommando, 43mal erfolgten sie von SA-Heimen oder nationalsozialistischen Lokalen aus. 31mal wurden Angriffe auf die Wohnungen Andersdenkender gemacht, darunter 2mal auf ganze Arbeiterwohnblöcke. 10mal entstand schwerer Sachschaden. In 3 Fällen erfolgte Brandstiftung, 11mal wurde Erhängungs, 10mal wurden Stinkbomben verwendet. 86mal wurden organisierte, bewaffnete Provokations- und Schlägertripps festgestellt. 36mal wurden Polizeibeamte angegriffen und teilweise mißhandelt, 11mal andere Beamte, 4mal Reichsmehr-angehörige. Trotz des Mangels an besonderen Reibungen konnten allein 24 planmäßige Verläufe gegen bedrohliche Anordnungen festgestellt werden. 9mal wurden Friedhöfe geschändet, Totengedenkstätten und Hindenburg-Däber zerstört.

Nachweisbar erfolgten 19mal ausgesprochen sadistische Exzesse. In 17 Fällen wurde der Volkzug der „Feme“ gegen eigene Parteifreunde bekannt. So sehen die „legalen Kampfmethoden“ der SA-Leute Hitlers aus. Die habgierliche Agitation der nationalsozialistischen Parteiführer und ihrer Presse hat zu einer beispiellosen Verrohung der Anhänger der Nazi-Partei geführt.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Mülldorf. Bericht über das Geschäftsjahr 1931. Das überstandene Jahr war kein gutes für unsere Kollegen. Mit Arbeitslosigkeit hat es angefangen und mit noch größerer Arbeitslosigkeit hörte es auf. Statistiken haben 12 Versammlungen, 5 Vorstandssitzungen und ein gemeinsames Treffen mit den Kollegen der Zahlstelle Kassel und Göttingen im Naturfreundehaus auf dem Weichner. Gewonnen wurden fünf neue Mitglieder, verloren gingen zwei. Am Jahreschluss betrug die Mitgliederzahl 58. Arbeitslos sind zur Zeit 26, krank 4 Kollegen. 28 Kollegen stehen noch in Arbeit, doch beträgt die Arbeitszeit nur 24 Stunden pro Woche. Auf Grund der Vierten Notverordnung erfolgte ein Lohnabzug von 10 Proz., ein festes Lohnabkommen besteht zur Zeit nicht.

Essen a. d. Ruhr. Generalsammlung am 23. Januar. Vom Ortsauschuß des ADW wurden die Ehrener Gewerkschaften aufgefordert einen ausführlichen Bericht über den Fortschritt der Jugendarbeit zu geben. Vom Hauptvorstand lag ein Rundschreiben vor, daß sich mit der Vierten Notverordnung und der dadurch entstandenen Situation beschäftigt. Die Ansicht der Kollegen zur Beitragsfrage war geteilt. Verschiedene waren der Meinung, daß die Hauptverwaltung die Beiträge ermäßigen könne, ohne die Unterfügunen zu kürzen. Auch über die Zahlung des 53. Wochenbeitrages äußerten sich diese Kollegen ablehnend. Der Vorsitzende, Kollege Berger, gab darauf den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung im Jahre 1931. Es fanden neun Mitgliederversammlungen statt. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und wurde besonders die Tapezierbranche hart betroffen. Die großen Firmen beziehen fertige Polstermöbel. Der Stapelmöbelindustrie sei nicht genügend Beachtung geschenkt worden, und nun seien uns diese Betriebe über den Kopf gewachsen. Das hat zur Folge, daß die übrigen Geschäfte unter der Konkurrenz der Stapelbetriebe zu leiden haben. Kollege Berger dankte im Namen der Ortsverwaltung allen Funktionären für ihre Mitarbeit und erwartet, daß dieselben auch weiter der Organisation ihre Kräfte zur Verfügung stellen. Kollege Herzog gab den Kassenbericht vom vierten Quartal und gleichzeitig den Bericht über Kassenführung und Mitgliederbewegung im Jahre 1931. Die Einnahmen sind, gemessen an den Ausgaben, stark zurückgeblieben. Allein an Arbeitslosen, Kranken- und Streikunterstützung wurden 4449 M. ausgezahlt. Die Mitgliederzahl ist zurückgegangen. Viele arbeitslose Kollegen haben es nicht für nötig gehalten, Erwerbslosenmarken zu lieben und mühen wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Heinz Schäfer jr.

Frankfurt a. M. Jahresversammlung am 5. Februar. Kollege Graf vom Aktionsauschuß sprach über die Aufgaben der Eisernen Front. Im Kampf gegen den Faschismus muß alles Trennenbe verschwinden, der Arbeiter hat sehr viel zu verlieren. Mit Ergreifung der Macht durch die Faschisten werden die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Die Sozialversicherung, die noch ausgebaut werden müßte, würde verschlechtert werden, die Gewerkschaften würden verschwinden, die Lebenshaltung des Arbeiters bedeutend herabgedrückt werden, deshalb Kampf dem Faschismus. Redner fordert zum Eintritt in die Eisernen Front auf. Eine Anzahl Kollegen kamen dieser Aufforderung nach. Kollege Albert Schilderle die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des letzten Jahres. Die Arbeitslosenzahl ist auf 6 Millionen in Deutschland gestiegen, ebenso stieg die Zahl der Arbeitslosen in den übrigen Ländern, trotzdem sträuben sich die Arbeitgeber gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. In der Woche muß fortgesetzt werden. Die Arbeitgeber nützen die Situation aus und fordern Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Senkung der Löhne. Dagegen kann uns nur eine starke Organisation schützen. Kollege Wolter berichtet über die einzelnen Branchen am Ort. Die Lage hat sich gegen das Vorjahr bedeutend verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder stieg von 44 Proz. auf 56 Proz. am Schluß des Jahres. Die großen Betriebe in unseren Branchen sind in Frankfurt verschwunden, dagegen sind viele Kleinbetriebe neu entstanden. Um nicht das Wohlstandsamt in Anspruch nehmen zu müssen, hat sich mancher unserer Kollegen selbständig gemacht. Die Kleinmeister machen sich gegenseitig schwere Konkurrenz; um nur Arbeit zu erlangen, wird für jeden Preis, oft noch unter dem Tariflohn, gearbeitet. Die Löhne konnten

nicht auf der vorjährigen Höhe gehalten werden. Nicht im gleichen Maße wurden die Preise gelenkt, hier blieb es meistens bei den Versprechungen. Die Lehrlingszahl hat sich nach Inkrafttreten der neuen Lehrlingsordnung sehr vermindert, da die Zahl der Lehrlinge abhängig ist von der Zahl der beschäftigten Gehilfen. Am Arbeitsgericht hatten wir 12 Klagen zu vertreten, den Mitgliedern wurden hierdurch 555,60 M. zugesprochen. Vor dem Gewerbeaufsichtsamt wurde über 11 Stilllegungsanträge verhandelt. Im ganzen war die Ortsverwaltung an 181 Veranstellungen beteiligt. Wolter gab noch einige Erläuterungen zu den gedruckt vorliegenden Abrechnungen. Zum Schluss fordert er die Kollegen auf, fest zur Organisation zu stehen und immer für den Ausbau derselben zu agitieren, hauptsächlich müsse für unseren Nachwuchs gesorgt werden. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, werde man auch über diese schwere Zeit hinwegkommen. Kollege Appel berichtet noch über die Arbeiten des Stellenauschusses der Tapeziererinnung. Mehrere Sitzungen des Innungs-schiedsgerichts mußten stattfinden, um die Einhaltung der abgeschlossenen Lehrverträge zu erzwingen, ebenso die Zahlung der vereinbarten Entschädigung. Die Ortsverwaltung wurde mit Ausnahme des Kollegen Kessel, der eine Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt, neu hinzu kam Kollege Schugenflug. Kollege Albert schloß die Versammlung mit dem Wunsch auf baldige bessere Zeiten und mit der Aufforderung zur treuen Mitarbeit auch im neuen Jahre. 5. Appel.

München. Generalsammlung am 2. Februar 1932. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Mehtaler den im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen einen Nachruf, den die Anwesenden stehend anhörten.

Ueber das vergangene Geschäftsjahr gab Kollege Hartmann einen kurzen Ueberblick. Es wurden acht Versammlungen abgehalten, davon sechs mit Vorträgen. Die Ortsverwaltung erledigte die Geschäfte in elf Sitzungen. Die Lohnverhandlungen gestalteten sich zum Teil sehr schwierig. Die Lehrlingsversammlungen waren immer so schwach besucht, daß wir sie ganz ausfallen ließen.

Hartmann sprach dann von dem freiwilligen Jugenddienst. In diesem wird nach freigewerkschaftlichen Grundfragen vorgefahren. Die Arbeitszeit ist täglich drei bis vier Stunden. Die übrige Zeit wird durch Spiele, Frachvorträge und Zeichenunterricht ausgefüllt. Die Entlohnung ist (ausgeschlossen Belper und Mittagessen) wöchentlich 4 bis 7 M.

Der Jugenddienst ist keine Einrichtung, um Schmutzkonfurrenz zu treiben, sondern die Arbeiten, die hier erledigt werden, gehören den Vermissten der Armen. Auf dem Arbeitsamt sieht es in München trostlos aus. Am Arbeitsamt waren am 1. Januar 1932 440 Arbeitssuchende von unseren Berufsgruppen gemeldet, davon 302 Sattler. Die Arbeitslosigkeit beträgt bei uns 72 Proz., obwohl wir in der letzten Generalsammlung geglaubt haben, daß in unserem Beruf keine größere Arbeitslosigkeit mehr möglich sei. Solange nicht die gesamte Wirtschaft wieder in geordnete Bahnen kommt, ist keine Aussicht auf bessere Verhältnisse.

Der Stand der Lokalkasse betrug am 31. Dezember 1931 2108,44 M. Der Mitgliederstand war am Schluß des vierten Quartals 569 männlich und 44 weiblich. Die Lehrlingsabteilung hat noch 53 Mitglieder.

In der Aussprache entwickelte die Opposition eine rege Tätigkeit. Ueber eine von ihr eingebrachte mit Schlagwörtern garnierte Entschließung wurde ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

In seinem Schlusswort wandte sich Kollege Hartmann gegen die Demagogie der KPD. Bei der Neuwahl wurde, trotz der Kandidaten der Opposition, die bisherige Vorstandschaft mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Kollege Mehtaler forderte am Schluß der Versammlung zur Einzeichnung in die „Eiserne Front“ auf und dankte den Kollegen für das Vertrauen, das sie der Ortsverwaltung in diesem Jahre wieder geschenkt haben. Eugen Mayer.

Werdau i. Sa. Hauptversammlung am 13. Januar 1932. Eingangs erstattete der Kassierer den Kassenbericht, worauf ihm einstimmig Entlohnung erteilt wurde. Die Versammlung vom 8. Mai 1931 hatte beschlossen, daß der damalige Vorsitzende Halbauer so lange seine Funktion ausübt, bis ihm die Mitglieder seines Amtes entzogen. Der Fall hat sich dadurch erledigt, daß Halbauer seine familiären Geschäfte niedergelegt hat. Die Wahl des Vorstandes ergab unter allgemeinem Beifall die einstimmige Wahl des schon früher berühmten Kollegen Galkert. Ferner wurden gewählt die Kollegen Otto (zweiter Vorsitzender), Krieger (Kassierer), Heising (Schriftführer), Friedrich und Frische (Revisoren). Am 1. Januar muß jedes Mitglied die Erwerbslosenmarken selbst bezahlen. Die Lokalunterstützung für Durchreisende wurde auf 50 Pf. festgelegt. Zum Schluß wurden einige Mißstände in den Fahrzeugwerten Linke-Hofmann-Wagen bekanntgegeben, hervorgehoben durch die bevorstehende Stilllegung. G. Seifgang.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar 1932.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist Ende Januar 1932 die Sechsmillionengrenze bei der Arbeitslosigkeit überschritten. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Januar um rund 375 000 zugenommen und beträgt am Monatschluss 6 041 000 gegenüber 4 887 000 Ende Januar 1931. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 1 885 000 und in der Krantenfürsorge rund 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen betrug rund 1,7 Millionen.

Die Arbeitslosigkeit im Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverband betrug Ende Januar 63,1 Proz. gegen 61,8 Proz. Ende Dezember 1931. Männliche Arbeitslose wurden ermittelt 11 891 gleich 65,4 Proz., weibliche 1874 gleich 51,6 Proz. Insgesamt waren Ende Januar d. J. 13 765 Verbandsmitglieder arbeitslos. Rechnet man zu dieser Zahl die Kurzarbeiter, umgerechnet in Vollarbeiter, hinzu, so ergibt sich, daß Ende Januar auf je 100 Verbandsmitglieder 68,8 Vollerwerbslose entfallen, denen 31,2 Vollarbeiter gegenüberstehen. Ende Dezember 1931 kamen auf 67,4 Vollerwerbslose 32,6 Vollbeschäftigte. Auf die Gauen verteilten sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt:

Gau	Verbandsmitglieder	Arbeitslos		Daran waren arbeitslos		Prozent	Mittelwert	Mittglieder
		m.	w.	m.	w.			
Ostgau	40	5249	640	3478	353	88,1	263	3 26
Nordgau	24	2283	217	1574	130	70,4	294	2 20
Mitteldeutschl.	28	1359	262	672	107	97,9	60,4	1 32
Freistaat Sachsen	17	2413	480	1762	242	200,4	89,2	1 85
Banern	9	1169	562	816	387	119,7	69,1	1 04
Südwestg.	21	4095	1160	2446	541	298,7	55,8	1 65
Rheinland-Westfalen	16	1613	308	949	114	106,5	55,3	1 20
Gesamt	153	18181	3629	11181	1874	178,9	63,1	22 525

Berührt arbeiten 2661 männliche und 853 weibliche, zusammen 3514 Verbandsmitglieder gleich 16,1 Proz. gegen 15,5 Proz. Ende Dezember 1931.

Gau	Männl.		Weibl.		Zus.		Proz.		Zu Prozent Ende	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932
1 bis 8 Gd.	567	110	677	3,6	3,6	3,8	3,1			
9 bis 16 Gd.	744	265	1007	5,7	3,5	2,9	4,6			
17 bis 24 Gd.	1125	385	1510	10,7	9,0	6,9	6,4			
25 u. mehr Gd.	225	95	320	2,2	0,8	1,9	1,5			
Insgesamt	2661	853	3514	22,2	16,9	15,5	16,1			

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Holzarbeiter. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat seinen Verbandstag, der bereits im Vorjahr einberufen, jedoch dann wieder vertagt wurde, zum 20. Juni 1932 nach Magdeburg einberufen. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse ist diesmal eine kürzere Tagung in Aussicht genommen; es sollen in der Hauptsache nur die dringendsten Verbandsfragen behandelt und erledigt werden.

Errichtung einer Gewerkschaftsschule für Frankreich geplant. Der Landesauschuss der sozialistischen Gewerkschaften Frankreichs hat am 9. Februar einstimmig das von einer Kommission ausgearbeitete Propagandaprogramm gebilligt, das unter anderem die Errichtung einer Gewerkschaftsschule im Oktober dieses Jahres vorsieht.

Drorender Großkampf in Dänemark. Die in diesem Frühjahr ablaufenden Tarifverträge sind von den dänischen Gewerkschaften gekündigt worden, weil sie sich angesichts des Abnehmens der dänischen Währung und der hierdurch entstandenen unübersehbaren Lage gegen die zu erwartenden Preissteigerungen schütten wollen. Die Arbeitgeber waren bereit, die alten Verträge um 1 Jahr zu verlängern. Ein Vermittlungsvorschlag der dänischen Landeszentrale, die Ablauffrist sämtlicher Tarifverträge auf den 1. August d. J. festzusetzen, um so die Preisgestaltung abzuwarten, wurde von den Arbeitgeber abgelehnt. Nunmehr haben die Arbeitgeber die Ausperrung von rund 85 000 Arbeitern zum 12. Februar angekündigt. Die Unternehmer haben es anscheinend auf eine Provoaktion der dänischen Arbeiter abgesehen. Sie fordern u. a. eine Herabsetzung der Stundenlöhne und Akkordpreise um 20 Proz., Einführung von Lohnregulierungen gemäß dem amtlichen Preisindex, dreijährige Laufzeit aller Verträge sowie gemeinsame Ablauffrist sämtlicher Verträge zum 1. Januar. Der Vorstand der dänischen Landeszentrale hat zu diesen Vorschlägen Stellung genommen und beschloßen, jede Verhandlung mit den Arbeitgebern auf Grund dieser Vorschläge abzulehnen. Gleichzeitig kündigt er Sympathiestreiks an für den Fall, daß die Ausperrung in Kraft tritt. Nach neueren Meldungen wurde die für den 12. Februar angekündigte Generalausperrung auf den 18. Februar verschoben.

Die „Eiserne Front“.

Für Werbezwecke der „Eisernen Front“ hat der Film- und Lichtbilddienst der Partei, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, eine Lichtbildserie-Bildband (62 Bilder) betitelt: „Die Eiserne Front“, herausgebracht, die ein außerordentlich reichhaltiges Bildmaterial, erläutert durch packende Ausführungen, enthält. Die Serie eignet sich vorzüglich zur Vorführung in Partei-, Reichsbanner-, Gewerkschafts- und Sportkreisen, aber auch für alle öffentlichen Werbeveranstaltungen der „Eisernen Front“.

Die Leihgebühr der Lichtbildserie beträgt für eine einmalige Benützung 5 Mk., für Berlin 3 Mk., zuzüglich Versandkosten. Für jeden anschließenden Tag wird eine Gebühr von 2 Mk. erhoben. Das Bildband kostet 5,50 Mk.

Ferner erschien die Serie Nr. 916 „Neuzeitliche sozialdemokratische Agrarpolitik“, 58 Bilder, Bearbeiter Curt Bading-Berlin. Bildband 5 Mk. Der Vortrag ist aufgebaut auf den Abschnitten des Kieler Agrarprogramms „Absatz- und Produktionsförderung der Landwirtschaft“.

Ein ausführliches Film- und Lichtbildverzeichnis wird Interessenten auf Wunsch kostenlos übersandt.

Rundschau

Die Nahrungsmittelpreise steigen. — Nach der Butter die Schweinepreise. Die allgemeine Viehzählung vom 1. Dezember 1931 läßt schon jetzt den Schluß zu, daß in dem bekannten Schweinezyklus wir uns gegenwärtig bereits auf dem abnehmenden Ast befinden, da die billigen Schweinepreise der letzten Monate die Schweinemäster zur Zurückhaltung in der Ferkelhaltung veranlaßten, so daß das künftige Angebot an Schlachtschweinen sich entsprechend vermindern muß. An sich ist zwar der Bestand an Schweinen mit 23,8 Millionen Stück gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres noch um rund 341 000 Tiere gleich 1,5 Proz. größer. Dagegen ist die Zahl der unter acht Wochen alten Ferkel bereits gegenwärtig um 344 000 Stück gleich 6,3 Proz. geringer, der Bestand an trächtigen Jungsauern sogar um 117 000 Stück gleich 31,8 Proz. und an trächtigen älteren Sauen um 73 000 gleich 7,7 Proz. geringer als im Vorjahre. Auch gegenüber dem zu Anfang September 1931 ermittelten Gesamtbestand an Schweinen ist eine starke Abnahme um 1,6 Millionen Tiere gleich 6,2 Proz. festzustellen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres noch eine Zunahme um 20 000 Tiere gleich 0,1 Proz. zu verzeichnen war.

Falsche Zehnmarktscheine im Verkehr. In letzter Zeit sind wieder Nachbildungen der Reichsbanknoten über 10 Mk. vom 11. Oktober 1924 aufgetaucht. Die besonderen Kennzeichen dieser Falschnoten sind folgende: Es handelt sich um einfaches, beschmutztes, gekritztes Schreibpapier, auf dem die Pflanzenaltern ganz fehlen. Das Wasserzeichen ist durch Aufdruck nachgeahmt und in der Durchsicht kaum sichtbar. Vom Kontrollstempel sind nur einige Schriftandeutungen zu sehen. Die Blindprägung ist grob gemulert. Die Vorderseite der Noten gibt ein mangelhaftes Gelambild. Das beschmutzte, nach Art einer groben Federzeichnung wiedergegebene männliche Bildnis fenneichnet die Rückseite aus solche ohne weiteres. Ebenfalls bietet die Rückseite eine unvollkommene Gesamtwiedergabe. Auch hier ist die Beschriftung beschmutzt. Die Kriminalpolizei warnt vor Annahme dieser Falschnoten.

Neuartiges Leder zur Herstellung von Taschen. In Deutschland und in anderen Kulturstaaten wurde nach einer Mitteilung der „M.Z.“ eine Erfindung patentiert, welche die Gewinnung eines neuartigen Leders betrifft, das sich zu verschiedenen Verwendungswecken, beispielsweise zur Herstellung von Lederaschen, für Kleidungsstücke und dergleichen, eignet. Dieses neue Leder wird durch eine geeignete Gerbung von Magenwand oder Mastdarm der Fische aus der Familie der Chondropterygia und Plagiostomata (insbesondere Haifische) erhalten.

Leder aus Magenwänden oder Darm der oben genannten Fischfamilie ist bislang nicht hergestellt worden, da die Verwendung der meisten der zahlreichen sonst vorgeschlagenen und verwendeten Methoden bei diesem Material zu keinem brauchbaren Ergebnis führen konnte. Erst die Anwendung des neuen Verfahrens ergab ein gutes, praktisch verwertbares Leder. Leder dieser Art zeichnen sich durch wesentliche Vorteile ähnlicher Lederarten aus und lassen sich beispielsweise sehr gut färben. Durch das Spritzverfahren können namentlich künstlerische Effekte, insbesondere Basisteffekte, die wegen der mattglänzenden Hautoberfläche besonders gut zum Ausdruck kommen, erzielt werden. Das neue Leder an sich hat keine eigentlichen Narben, man kann es insofern auch nicht mit Spaltleder vergleichen. Durch leichtes Abstreifen des fertigen Leders ergeben sich gut Velourseffekte.

Bücherchau

Männer und Mächte. — Otto Braun. — Er erschienen im R. Müller Verlag, Leipzig, 100 Seiten und 15 Abbildungen. Am 28. Januar 1932 ist Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, 61 Jahre alt geworden. Was er als Mensch und als Politiker erreicht und geleistet hat, erkennen selbst seine anhänglichen Gegner an. Sie aus der Feder der bekanntesten Parteiarbeiter und Schriftsteller: Erich Kästner herausgegangene Biographie Otto Brauns gibt einen Überblick des Lebens und Wirkens dieses Staatsmannes. Bei der kommenden Wahl zum Preussischen Landtag ist damit zu rechnen, daß die Freunde der bisherigen Regierung erneut eine Schammasse von Verteilungen über die führenden Persönlichkeiten ausströmen werden. Das Buch über Otto Braun bietet dem Leser Aufklärung über Leben und Tätigkeit dieses führenden Streikers für eine bessere Zukunft des arbeitenden Volkes.

Das Februarteil der Zeitschrift „Die Büchergabe“ macht die größere Leserschaft zum ersten Male mit einem Künstler bekannt, der es verdient, an die Seite eines Hans Wälder gestellt zu werden. Axel von Hoffing, von dem die Büchergabe ein großes Beitragsheft „Der Sozialist“ gegen die „Zeit“ in Vorbereitung hat, ist in der vorliegenden Zeitschrift mit drei Arbeiten vertreten. Besonders eindrucksvoll und wirksam ist das Titelblatt „Die Republik probiert“. Das Heft enthält Beiträge u. a. von Friedrich Korfes und Otto Graf, und es zeigt die Preisverabreichung an, die den Monatsbeitrag für die Mitglieder der Büchergabe auf 30 Pf. festsetzt und damit eine Verbilligung der Bücher um 10 Proz. bringt. Die Zeitschrift wird den Mitgliedern monatlich gratis geliefert.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen)

Vom 15. Februar bis 21. Februar ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundsiebenzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Name	Beruf	Eingetreten
Daum, Wilhelm	Tapezierer	23. 2. 07
Köhler, Otto	Tapezierer	1. 1. 07
Zeich.		
Eichhorn, Bruno	Sattler	16. 2. 07

Veranstaltungskalender

Frankfurt a. M. Montag, 7. März, 18 Uhr, im Saal E des neuen Gewerkschaftshauses: Mitgliederversammlung. Kollege J. Sassenbach spricht über „Deutschland in der internationalen Gewerkschaftsbewegung“. Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Köln. Mittwoch, 24. Februar, 19½ Uhr, im Volkshaus, Saal 2: Versammlung für alle Branchen. Vortrag des Kollegen Schad.

Stettin. Freitag, 26. Februar, bei Karr: Versammlung für alle Branchen. Vortrag über „Recht und Arbeitsrecht“.

Zeich. Freitag, 26. Februar, äußerst wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichte, Geschäftliches, Verschiedenes. Kolleginnen, Kollegen, die Laubzeit beisteht, vertreten eure Interessen in eurer Mitgliederversammlung. Beginn 20 Uhr, im Lokal Felsenkeller, Freiligrathstraße. Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Berlin. Die Zustelle Neukölln, Flughafenstr. 48 (bei Münteler), ist nach der Seidower Straße 6 (Restaurant Veit) verlegt worden. Zahlabend wie bisher Sonnabends von 20 bis 22 Uhr.

Bernburg. Kass.: Herm. Matthias, Badergasse 18.

Weimar. Vorf.: Otto Martin, Bornberg 1.

Sterbetafel

Dresden. Hier starb im Alter von 72 Jahren unser Kollege, der Fahrzeuglatter Oswald Belle.

Hannover. Am 1. Februar starb unser Kollege, der Sattler Hermann Giese, im Alter von 62 Jahren.

Köln. Am 3. Februar starb unsere Kollegin Maria Eigenwilling, Dekorationsnäherin, im Alter von 18 Jahren.

Offenbach a. M. Am 13. Januar 1932 starb unser invalides Mitglied, der Portefeuilleer Andreas Krug, im 48. Lebensjahr nach 22jähriger Mitgliedschaft.

Ehreliehm Andenken!